

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Tageblatt und Anzeiger).

Gründungszeit
Tageblatt Riesa,
Vertrag Nr. 20.
Postkod. Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Landeshauptmannschaft Sachsen, des Landgerichts und der Landanwaltschaft beim Landgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Wehlen befreit ist bestimmt Blatt.

Gottschalkstrasse
Dresden 1890.
Girofesse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 17.

Donnerstag, 21. Januar 1932, abends.

85. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Aufstellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschließlich (ohne Aufstellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summen des Ausgabebetrags sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Zeiten wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Gründungs-Zelle (6 Silber) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kellamezzette 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und teuerlicher Satz 50%. Aufschlag: keine Taxe. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtige Unterhaltungsbiläge "Reichsbank am Berl. Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Betriebes der Druckerei, der Zeitungen oder der Verleihungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Beginn der Konferenz in Lausanne verschoben?

Zurückdrängung des Goldes?

zu Wagnemanns Währungsform.

Kampf gegen die Goldhypothek — So könnte man das Projekt zur Währungsreform übersetzen, das der Präsident des Statistischen Reichsamtes, Professor Dr. Wagnemann, vorlegt. Der Plan ist in Gemeinschaft mit zahlreichen Persönlichkeiten der Privatwirtschaft ausgearbeitet worden und hat offenbar auch die Sympathien des Reichsfinanzministers Dietrich. Er schaltet gewiss die Notendeklaration durch Gold ab. Denken nicht völlig aus dem künftigen Währungssystem aus, aber er verweist sie doch auf eine Stelle, wo sie infolge der vorläufigen Mangelhaftigkeit und Zerrissenheit der Weltwirtschaft noch eine unbedeutbare Aufgabe hat, nämlich in die Nähe des Außenhandels.

Nach dem Reichsbankausweis hat Deutschland zu Beginn des Jahres einen Umlauf an Zahlungsmitteln von insgesamt 6679 Millionen RM. Davon waren 4776 Millionen Reichsbanknoten, 1298 Millionen entfielen auf Scheidemünzen, 422 Millionen auf Rentenbanknoten und 188 Millionen auf Noten der wenigen noch bestehenden Privatnotenbanken. Eine eigentliche Deckung im Sinne des Bankgesetzes bedürfen von diesem Umlauf nur die 4,77 Milliarden Reichsbanknoten. Diese sollen definitiv zu 40 Prozent durch Gold oder Gold- oder ausländische Währung gedeckt sein. Tatsächlich wären sie es theoretisch nur noch zu 24,2 Prozent, und praktisch, da die Deckung etwa zur Hälfte aus dem verdeckten Kreditkonto der ausländischen Notenbanken besteht, war die Deckung nur etwa halb so groß. Trotzdem hat die deutsche Währung keinen Schaden gelitten. Dies liegt daran, dass die Menge des Zahlungsmittelumlaufs den echten wirtschaftlichen Bedarf nicht übersteigt. Solange dies nicht der Fall ist, könnte die Währung sogar völlig ungedeckt sein. Erst wenn ohne Wahr und Ziel Noten über das wirkliche Bedürfnis hinaus gedruckt werden, entsteht eine Inflation, d. h. ein Steigen der Preise. Darauf könnte dann aber auch eine 100prozentige Golddeckung nichts ändern. Gelebt den Fall, die Reichsbank hätte 10 Milliarden Gold in ihren Kassen und würde dann gemäß der Deckungsvorschriften 25 Milliarden Reichsbanknoten umlaufen lassen. Wir hätten dann trockenes Gold.

An solche Überlegungen knüpft Wagnemann an. Er weist darauf hin, dass 77 Prozent unseres gesamten Notenumlaufes aus kleinen Noten unter 50 Mark bestehen. Diese Noten, die lediglich den Bedürfnissen des innerwirtschaftlichen Konsumverkehrs dienen, bedürfen keiner Deckung, wenn nur ihre Menge von vorherem fest begrenzt ist. Auch die 1298 Millionen Scheidemünzen, deren Metallwert ja minimal ist, sowie die 422 Millionen Mark Rentenbanknoten sind weder durch Gold noch Devisen gedeckt. Wagnemann will demgemäß ein Kontingent von Kleinnoten im Gesamtbetrag von 5 Milliarden Mark schaffen, deren Deckung lediglich durch Staatsgarantie (in Form einer versicherten öffentlichen Schulden) sowie gute Wertpapiere sichergestellt wird. Dieses Kontingent von 5 Milliarden entspricht etwa dem echten Zahlungsmittelbedarf des täglichen Verkehrs und bedarf also der Golddeckung nicht. Damit es aber auch nur für den gebuchten Betrag des Kleinvolumens Verwendung findet, soll eine obere Grenze für die Annahmefähigkeit der Kleinnoten im Privatverkehr geschaffen werden, wie dies auch schon bisher im Bürgerlichen Gesetzbuch für die Scheidemünze geschehen ist. Diese Grenze soll etwa bei 500 Mark liegen.

Die strenge Währungsdeckung soll dagegen bei jedem Teil der Zahlungsmittel Platz greifen, der dem freien „Erwerbsverkehr“, also nicht dem Konsum der Bevölkerung dient. Dieser Teil der Zahlungsmittel besteht nur zum kleineren Teil aus Reichsbanknoten; zum größeren Teil erfolgt hier die Geldumlauf in Form von Gold und Devisen. Auch hier findet auf dem Weg der Kreditgewährung eine in der breiten Öffentlichkeit nicht genügend beachtete Golddeckung statt, deren legte Quelle das sog. Girokonto der Reichsbank ist. Wagnemann will, dass das hier geschaffene „Girogold“ ebenso wie die großen Noten über 50 Mark zu 40 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt wird. Diese Bindung ist notwendig, weil hier mit Rücksicht auf den Konjunkturverlauf eine feste Begrenzung von vorherem nicht möglich ist, andererseits aber gegen eine willkürliche Ausweitung des Zahlungsmittelumlaufs Sicherungen geschaffen werden müssen. Am ganzen läuft Wagnemanns Projekt, das noch eine große Anzahl weiterer Probleme aufweist und hier nur in einem letzten wichtigen Teile gezeigt werden konnte, auf eine Kreditlinienerweiterung der Reichsbank um Schätzungen von 2 bis 2½ Milliarden hinaus. Durch sorgfältige Käufchen wollen die Bader des Gedankens die Vorteile einer Kreditlinienerweiterung und Wirtschaftskurkurbelung erreichen, zugleich aber ihre Gefahren vermeiden.

Der vierte Toten auf Karren-Centrum geborgen

Beuthen, 21. Januar. Im Laufe des gestrigen Abends gelang es den Rettungsmannschaften der Karren-Centrum-Grube, auch den vierten Toten der Katastrophe vom 4. Januar zu bergen.

Deutschland gegen ein zweites Hoover-Jahr. Konferenz verschoben

London, 21. Januar.

Das auswärtsige Amt veröffentlicht ein Kommunikat, in dem es heißt:

Die Verhandlungen zwischen den an der Lausanner Konferenz hauptsächlich interessierten Regierungen sind noch nicht beendet. Es liegt auf der Hand, dass die Konferenz nicht schon am 25. Januar, dem provisorisch festgelegten Datum, eröffnet werden kann.

Weitere Verhandlungen finden gegenwärtig statt. Die britische Regierung hofft, dass binnen wenigen Tagen eine befriedigende Vereinbarung über das einzuhaltende Versehen zustande kommt.

Das Geheimnis von Lausanne.

London. „Das Geheimnis von Lausanne“ beschäftigt die öffentliche Meinung lebhaft. „Offiziell“ findet die Konferenz, wie hervorgehoben wird, nächste Woche statt. „Offiziell“ ist die Lage unsicher als je und „offiziell“ wird die Konferenz nicht, wie vorgesehen war, am Montag beginnen. Inzwischen berät die britische Regierung weiterhin die Lage und setzt ihren Goldankaufsaufschwung mit den interessierten Nationen fort. Die Pariser Meldung über die Möglichkeit einer baldigen Zusammenkunft zwischen MacDonald und Paval wird hier ähnlich nicht bestätigt. In unterrichteten Londoner Kreisen wurde heute darüber hingeworfen, dass Paval Erfindungen an die Vereinigten Staaten um eine Definition ihrer Haltung gegenüber den Schuldnerstaaten im Falle einer Ausdehnung des deutschen Moratoriums über den Hooverzeitraum hinaus seien gemeinsamen Appell der Schuldnerstaaten, sondern eine individuelle Anfrage von Seiten Frankreichs“ darstellt.

Es ist richtig, dass Sir Horace Numbold am gestrigen Dienstag eine längere Unterhaltung mit dem Senator geführt hat. Eine andere Antwort, als Dr. Brüning ihm gegeben hat, könnte er schon deshalb nicht bekommen, weil die Verlängerung des Hooverjahrs nur eine Annahme sein würde, die im Rahmen des Youngplanes bleibt und die Lösung ernst für längere Zeit hinauszögert. Außerdem ein zweites Hooverjahr die Übereinholung weiterer deutscher Verpflichtungen bedeuten. Die Schuldnerstaaten, die ja schließlich auch von Frankreich misseraten werden, haben aber ausdrücklich festgestellt, dass Deutschland nicht daran kann, dass die Initiative zur Belebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten über den Youngplan hinaus gehen müsse, und das Gesetz im Vergleich ist. Sie haben die Regierung категорisch aufgefordert, so schnell wie möglich zu handeln. Dieser Bericht der Schuldnerstaaten macht für die weitere Entwicklung wahrscheinlich sein, wenn es gelingen soll, die Welt über die Krise hinwegzubringen. Bis zum Ablauf des Hooverjahrs, also bis zum 1. Juli sind es noch über fünf Monate. Das ist nach deutscher Auslassung eine ausreichende Zeit, um eine verantwortungsgemäße Lösung herbeizuführen, die die Verlängerung des Hooverjahrs überflüssig machen würde.

Times über die Verschiebung der Lausanner Konferenz.

London. Unter Hinweis auf die gestrige Meldung des Foreign Office erklärt Times, die europäischen Staaten müssten ihr Werkzeug tun, um sich selbst zu helfen, bevor sie irgendeine Hilfe von Amerika beanspruchen.

Rundgebung gegen die Gottlosen-Bewegung.

Vgl. Berlin. Anlässlich des erneuten Anwachsens der Gottlosen-Propaganda in Deutschland wendet sich die Reichsführung des Christlich-Theologischen Volksdienstes mit einer Rundgebung an die evangelische Öffentlichkeit. Darin heißt es, dass alle Ercheinungen der Gottlosen-Bewegung in der bewussten Loslösung des Menschen aus der Hoffnungsgemäßen Gebundenheit an den Willen des lebendigen Gottes im Sinne seiner radikalen Eigengesetzlichkeit wurzelten. Die Gottlosen-Bewegung sei das Gericht Gottes über den Abfall vom lebendigen Glauben und das Verlassen gegenüber dem geistigen und leiblichen Glanz der Brüder. Die Kirche Christi solle aus dem Tod der Gottlosen-Bewegung den Ruf Gottes zur Verantwortung für die Rettung unseres Volkes aus dem geistigen Tode der Gegenwart hören. Andererseits sei es Aufgabe der Staatsleitung, dem christlichen Glauben und seinen Lebensüberzeugungen und Organi-

Selbstverständlich komme eine endgültige Lösung im Augenblick bei den vollkommen auseinandergehenden Ansichten der Regierungen nicht in Frage. Aber man sollte Deutschland eine Gelegenheit geben, zu erklären, was es zu sagen hat, und in gemeinsamer Beratung erwägen, was sofort geschehen kann. Die Tatsache, dass in Frankreich und in England bald Wahlen fällig sind, hat zweifellos eine ganz bestimmte Rückwirkung auf die Abrüstungskonferenz, ist aber kein ausreichender Grund, eine Reparationskonferenz aufzuschieben. Das Blatt wiederholt seine Erklärung, dass keine Rede von einer gemeinsamen Front gegenüber Deutschland oder gegenüber den Vereinigten Staaten sein könne, und bezeichnet die Behauptung, dass ein bloßer Abschuss eine Verbesserung bringen kann, als mehr als trügt.

Brüning lehnt Zwischenlösung ab.

Berlin. Der englische Botschafter in Berlin, Sir Horace Numbold hat am Dienstag nachmittag im Auftrag seiner Regierung bei der Reichsregierung souffliert, ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr einverstanden sein würde. Reichskanzler Brüning hat, wie verlautet, in ablesendem Sinne geantwortet.

Wenn man bedenkt, dass bis zum Ablauf des gegenwärtigen Hoover-Moratoriums noch rund fünf Monate verstreichen werden, also ein Zeitraum, der bei einem guten Willen groß genug ist, um zu der so dringend notwendigen Endregelung zu gelangen, so ist es durchaus zu verstehen, dass die englische Anregung in Berlin keinen Ausgang gefunden hat. Eine Hinauszögern der Endlösung ist angeblich der katastrophalen Wirtschaftslage gleichbedeutend mit einer Verlängerung der allgemeinen Ungewissheit, die besonders auch auf der Gegenseite als der Hauptförderfaktor bezeichnet wird.

Doch 10 Jahre Stillhalaltung?

Berlin. Der Berliner Börsen-Courier meldet: Wie wir hören, ist bei den Berliner Stillhalteverhandlungen neuerdings überwiegend derweise wieder der schon bei Konferenzbeginn erprobte Plan einer zehnjährigen Stillhalting in den Vordergrund gerückt. Nach unten Informations soll sich dieser Plan nur auf die Markredite beziehen, und zwar sollen diese in halbjährigen Quoten von je fünf v. H. in Devision getilgt werden. Gleichzeitig ist aber in die Konstruktion ein gewisser Transferfaktor für die Reichsbank eingebaut worden. Der Schutz ist in der Weise gedacht, dass die Reichsbank das Recht haben soll, die Devision bei Bedarf nur soweit zur Verfügung zu stellen, als es ihr auf Grund ihrer Devisionposition möglich ist. Im Falle eines solchen „Transferaufschlusses“ soll ein Gemeinschafts-Komitee der Gläubiger und Schuldner zusammentreten und darüber befinden, ob und in welchem Umfang die Reichsbank Devisionen für die Bezahlung der fälligen Quote verfügbare machen kann. Ferner enthält der Plan den Vorwurf, dass vorher eine Sicherstellung der Markreditforderungen in Höhe von 15 v. H. erfolgen soll. Bei Durchführung dieses Planes werden die jährlichen Devisionenforderungen an die Reichsbank für die Tilgung der Markredite auf etwa 120 Millionen Mark geschätzt. Die Rembourskredite bleiben außerhalb der Regelung. Sie sollen, wie schon früher geplant, so behandelt werden, dass die unausgewogene Kreditlinie, soweit sie 10 v. H. der Familielinie beträgt, auf die Tilgung angerechnet wird, wie möglich vorläufig nichts mehr zu zahlen hätten. An der einjährigen Verlängerung der Stillhalting für die Rembourskredite bis zum 28. Februar 1933 scheint man festzuhalten. Im übrigen rechnet man in Kreisen der Konferenzteilnehmer noch wie vor mit einer Beendigung der Stillhalteverhandlungen in dieser Woche.

sationen Raum zu schaffen zum Dienst am Volke. Dazu gehört auch der Schutz der Würde und der Freiheit der Glieder der Kirchen gegenüber den Angriffen der Gottlosen-Bewegung in Wort, Schrift und Bild. Die Staatsleitung habe um des Staates willen die Aufgabe, den zerstörenden Wirkungen des Kulturbolschewismus und dem Ansturm des politischen Bolschewismus gegen die Ordnungen des nationalen Lebens entgegenzutreten. Das Zusammenwirken an diesen Aufgaben sei eine legitime Möglichkeit, dass deutsche Volk von dem Abgrund zurückzutreten, an dem es steht.

Erster Probeliegung von Do X III.

Mitglied Do X III führt gegen seinen ersten Probeliegung aus. Unter der Führung von Chefilot Wagner überzeugt es nachmittags in einem eleganten Blüte Friedenssaal,